



BAND 63

Repräsentation von Frauen in der Kommunalpolitik

Das Ranking deutscher Großstädte 2022

Von Lars Holtkamp und Elke Wiechmann
Im Auftrag und herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung

REPRÄSENTATION VON FRAUEN IN DER KOMMUNALPOLITIK

**HEINRICH BÖLL STIFTUNG
SCHRIFTEN ZUR DEMOKRATIE
BAND 63**

Vielfaltsstudie Teil 1

Repräsentation von Frauen in der Kommunalpolitik

Das Ranking deutscher Großstädte 2022

Von Lars Holtkamp und Elke Wiechmann

Im Auftrag und herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung

Die Autor/innen

Prof. Dr. Lars Holtkamp hat den Lehrstuhl für Politik und Verwaltung an der FernUniversität Hagen inne. Kontakt: lars.holtkamp@fernuni-hagen.de

Dr. Elke Wiechmann ist Akademische Oberrätin am Lehrstuhl für Politik und Verwaltung an der FernUniversität Hagen. Kontakt: elke.wiechmann@fernuni-hagen.de



Diese Publikation wird unter den Bedingungen einer Creative-Commons-Lizenz veröffentlicht: <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de>. Eine elektronische Fassung kann heruntergeladen werden. Sie dürfen das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen. Es gelten folgende Bedingungen: Namensnennung: Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt). Keine kommerzielle Nutzung: Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden. Keine Bearbeitung: Dieses Werk darf nicht bearbeitet oder in anderer Weise verändert werden.

Vielfaltsstudie Teil 1

Repräsentation von Frauen in der Kommunalpolitik – Das Ranking deutscher Großstädte 2022

Band 63 der Schriftenreihe Demokratie

Von Lars Holtkamp und Elke Wiechmann

Im Auftrag und herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung

Gestaltung: feinkost Designnetzwerk, C. Mawrodiew (basierend auf Entwürfen von State Design)

Druck: ARNOLD group, Großbeeren

Titel-Illustration: Jill Senft, Berlin

ISBN 978-3-86928-246-6

Die in dieser Publikation vertretenen Positionen sind nicht zwangsläufig die der Stiftung.

Bestelladresse: Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstr. 8, 10117 Berlin

T +49 30 28534-0 **F** +49 30 28534-109 **E** buchversand@boell.de **W** www.boell.de

INHALT

Vorwort	7
Zusammenfassung	9
1 Untersuchungsauftrag und -methodik	11
2 Ergebnisse des Rankings deutscher Großstädte zur Frauenrepräsentation	13
2.1 Ranking deutscher Großstädte im Positionsvergleich	16
2.2 Ranking deutscher Großstädte im Parteienvergleich	17
2.3 Ranking deutscher Großstädte im West/Ost-Vergleich	19
3 Entwicklungen der Frauenrepräsentation in deutschen Großstädten von 2008 bis 2022	22
4 Die Bezirke der Stadtstaaten im Vergleich	28
Literatur	30

VORWORT

«Die Hälfte der Macht für Frauen» ist eine alte Forderung im Kontext der repräsentativen Demokratie. Sie folgt im Kern einer einfachen Überlegung: Wenn rund die Hälfte der Wahlbevölkerung Frauen sind, sollte auch die Hälfte der politischen Ämter und Mandate von Frauen wahrgenommen werden. Doch diese Forderung ist auch 2022 nicht erfüllt und somit höchst aktuell, wie diese Studie anhand eines Rankings der deutschen Großstädte zeigt.

Zum nunmehr fünften Mal (bis 2017 unter dem Titel «Genderranking deutscher Großstädte») legen wir dieses Ranking für die kommunale Ebene vor, um mit aktuellen Zahlen etwaige Fortschritte und andauernde Defizite zu dokumentieren. Die kommunale Ebene ist uns wichtig, weil hier die Bürgerinnen und Bürger im Alltag am ehesten mit repräsentativer Politik in Kontakt kommen, sich engagieren und am Gemeinwesen teilhaben.

Dieses Ranking zeigt, inwieweit in den deutschen Großstädten der Anspruch auf «die Hälfte der Macht» tatsächlich von Frauen – operationalisiert als Personen, die sich als Frauen verstehen und als solche gewählt worden sind – realisiert werden konnte. Als Beleg dient der Anteil von Frauen an Wahlämtern und Schlüsselpositionen in den Kommunalparlamenten und in der Kommunalverwaltung. Es zeigt sich dabei eine gewisse Dynamik, die sich auch aus lokalen Entscheidungen ergibt: Einige Städte wie etwa Offenbach oder Mülheim an der Ruhr haben sich diesbezüglich – auf unterschiedlichen Positionen – verbessert, andere Städte wie Trier oder Rostock haben sich verschlechtert.

Insgesamt zeigt sich, dass eine paritätische Besetzung kommunaler Ämter und Mandate weiterhin aussteht. Nur gut 37 Prozent der kommunalen Mandate in den Großstädten haben Frauen inne. Schlüsselpositionen wie Fraktions- und Ausschussvorsitze in den Räten oder Beigeordnete in der Kommunalverwaltung werden in maximal einem Drittel der Fälle von Frauen besetzt, und das Amt des Oberbürgermeisters bekleiden weiterhin meist Männer.

Doch langfristig zeichnet sich – von der Bürgermeisterposition abgesehen – ein leicht positiver Trend ab. Entscheidend sind dabei die Wahlerfolge von progressiven Parteien, die mit ihren innerparteilichen Quotenregelungen den Zugang von Frauen bewusst stärken. Für deutlich mehr Schwung im langen Kampf um die gleiche Macht von Frauen können und müssen die bürgerlich-konservativen Parteien sorgen, indem auf ihre innerparteilichen Diskussionen tatsächlich politische Entscheidungen und letztlich wirkungsvolle Instrumente für eine bessere Repräsentation folgen.

Fragen der Repräsentation sind aktueller denn je. Mit steigender Intensität wird im Land eine Debatte um die sichtbare Repräsentation verschiedener

Bevölkerungsgruppen geführt. Im Mittelpunkt steht dabei die fehlende Sichtbarkeit der gesellschaftlichen Vielfalt in der Politik bezüglich des Geschlechts, der Migrationsgeschichte, der sozialen Herkunft oder des Alters. Der Anspruch auf deskriptive Repräsentation, auf Vertretung bestimmter Gruppen durch Angehörige dieser Gruppen selbst, wird von diesen deutlich artikuliert und in der Gesellschaft breit diskutiert.

Daher werden derzeit Analysen zu weiteren Dimensionen von Vielfalt in der repräsentativen Politik ausgearbeitet. Sie schreiben diese Studie in den kommenden Monaten fort, sodass wir eine umfassende Debatte über eine gute Repräsentation in der Politik führen können. Denn gerade für die Legitimation der Politik ist es wichtig, dass alle gleiche Chancen auf eine aktive Vertretung in den repräsentativ-demokratischen Gremien und Organen haben.

Wir wünschen eine erkenntnisreiche und anregende Lektüre über «die Hälfte der Macht», wozu dieses Ranking entsprechende Daten und Fakten liefert. Dafür danken wir insbesondere Prof. Dr. Lars Holtkamp und Dr. Elke Wiechmann von der FernUniversität Hagen, die diese Teilstudie erarbeitet haben und so die Grundlage für angeregte Debatten liefern.

Berlin, im September 2022

Dr. Sebastian Bukow
Leiter Bereich Inland
Heinrich-Böll-Stiftung

Sabine Drewes
Referentin für Kommunalpolitik und Stadtentwicklung
Heinrich-Böll-Stiftung

ZUSAMMENFASSUNG

Im fünften Ranking zur Frauenrepräsentation in der Kommunalpolitik ist ein neue Stadt Siegerin geworden, die bisher kaum jemand auf dem Plan hatte. Es ist die Stadt Offenbach im Einzugsgebiet der Bankenmetropole Frankfurt, die zuvor immer gut bei den Rankings abgeschnitten hatte. Die Spitzenposition Offenbachs ergibt sich aus einer Kombination guter Werte in fast allen Bereichen, wobei 44,4 Prozent der Fraktionsvorsitze, 50 Prozent der Beigeordnetenposten sowie 50 Prozent der Ausschussvorsitze an Frauen vergeben sind. Bei den Ratsmitgliedern stellen die Grünen mit 61,5 Prozent Frauenanteil deutlich mehr weibliche Ratsmitglieder als alle anderen Fraktionen. Insgesamt ist die CDU bei der hessischen Kommunalwahl 2021 so stark geschrumpft, dass sie in Offenbach genau wie die Grünen 13 Ratsmandate stellt.

Unter grüner weiblicher Führung erreicht Aachen, hinter Göttingen, immerhin den dritten Platz. Am Ende des Rankings finden sich überwiegend die «üblichen Verdächtigen» aus Nordrhein-Westfalen (NRW). Auch die Stadt Hagen als Sitz der FernUniversität rangiert erneut unter den letzten Plätzen (neben Neuss, Siegen und Bottrop) – also alles in allem nichts Neues im Westen.

Das fast nur noch in Nordrhein-Westfalen bestehende personalisierte Verhältniswahlrecht verhindert den Anstieg der Frauenanteile vor allem durch die meist männlichen Direktmandate, sodass auch in diesem Bundesland die Einführung von Kumulieren und Panaschieren eine sinnvolle Reformoption wäre. Denn Kumulieren und Panaschieren erweisen sich als Gewinn für die Frauenrepräsentanz.¹ Schlusslicht des Rankings 2022 ist erneut die Stadt Salzgitter – die Verliererin beim Genderranking 2008 und 2010 mit einer persistenten Unterrepräsentanz von Frauen.

Vor 14 Jahren (2008) haben wir im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung das erste Genderranking deutscher Großstädte durchgeführt; nun legen wir bereits das fünfte Ranking vor. Diese Gelegenheit nutzen wir für einen Zeitvergleich. Seither wird tatsächlich ein leicht positiver Trend erkennbar. Nur beim Oberbürgermeisteramt hat sich die traditionell schon starke Unterrepräsentanz im Vergleich zu 2008 noch weiter verschärft (2008: 17,7 Prozent; 2022: 11,7 Prozent)². Während die Parteien mit verbindlicher Quote (Grüne, Linke und SPD) die Zeit genutzt haben,

1 Vgl. Inglehart/Norris/Welzel (2002); Kaiser/Hennl (2008); Skorge (2021); Holtkamp/Wiechmann (2022).

2 Bei unserem vierten Genderranking Deutscher Großstädte im Jahr 2017 lag der Frauenanteil mit 8,2 Prozent beim Oberbürgermeisteramt allerdings noch einmal niedriger. Dennoch wird deutlich, dass es keine Anzeichen für eine kontinuierliche Steigerung gibt (vgl. Holtkamp/Wiechmann/Buß 2017).

nicht nur den Frauenanteil im Rat, sondern auch in anderen politischen Führungspositionen zu erhöhen (Ausnahme SPD beim OB³), sind bei den liberal-konservativen Parteien gravierende Verschlechterungen im Führungsbereich zu konstatieren. Insbesondere die weiblichen Ausschussvorsitze sind bei CDU und FDP von einem niedrigen Ausgangsniveau aus um gut acht und zehn Prozentpunkte gesunken, und die starke Unterrepräsentanz von Frauen bei den Fraktionsvorsitzen wurden über die Jahre weitgehend fortgeschrieben bzw. bei der FDP nochmals gesenkt. Diese Entfeminisierung der FDP spiegelt sich auch an der Parteibasis wider.

Bei der CDU und CSU⁴ sind Oberbürgermeisterinnen schließlich eine absolute Ausnahme. Damit tragen die konservativen Parteien maßgeblich zur starken Unterrepräsentanz von Frauen im Oberbürgermeisteramt bei. Allerdings gilt dies auch für die SPD, die 2022 hinsichtlich des Frauenanteils sogar noch leicht hinter der CDU/CSU liegt. Alle drei Parteien stellen nur sehr wenige Kandidatinnen gerade in den Großstädten auf.

Nur die Grünen haben heute annähernd die Parität in allen Bereichen erreicht, bei kleineren Schwächen in Ostdeutschland, die hier aber für alle Quotenparteien (insbesondere für die SPD) gelten. Selbst mit ihren fünf OBs erreichen sie immerhin einen Frauenanteil von 40 Prozent. Ohne die Grünen wäre der Frauenanteil bei den OBs noch stärker zurückgegangen.

3 Im Folgenden verwenden wir für Oberbürgermeister und Oberbürgermeisterinnen die Abkürzung «OB».

4 Die CSU haben wir im vorliegenden Ranking erstmals gesondert aufgenommen. Im Folgenden wird die Partei vor allem dann genauer in den Fokus gerückt, wenn sie von der Datenlage der CDU deutlich abweicht. Andernfalls fassen wir die Daten beider Parteien im Verständnis von «Union» zusammen. Ein Vergleich zum Genderranking deutscher Großstädte 2008 kann für die CSU nicht erfolgen.

1 Untersuchungsauftrag und -methodik

Von allen 77 untersuchten Großstädten⁵ und den drei Stadtstaaten in Deutschland wurden die Zahlen von Frauen in den Räten und in kommunalen Führungspositionen erhoben.⁶ Hierfür haben wir eine systematische Auswertung aller großstädtischen Internetseiten (insbesondere durch Abfragen in den Ratsinformationssystemen der Kommunen) vorgenommen, die durch gezielte telefonische Abfragen in diversen Städten ergänzt wurde. Wir möchten uns an dieser Stelle ausdrücklich für die Kooperationsbereitschaft der Städte bedanken. Mit unserer Erhebung gibt es nun zum fünften Mal für die deutschen Großstädte einen nahezu vollständigen Überblick über die Repräsentanz von Frauen in wichtigen politischen Schlüsselpositionen, während Bundes- und Landesregierungen immer noch auf einheitliche Statistiken in diesem für die Gleichstellung hoch relevanten Bereich weitgehend verzichten.

In den vorangegangenen Untersuchungen lief die Analyse unter dem Titel *Genderranking deutscher Großstädte*. Im Laufe der Untersuchung hat sich herauskristallisiert, dass eine statistisch stichhaltige Unterscheidung der Geschlechter aktuell nur im binären System (also die Unterscheidung zwischen den Kategorien Mann und Frau) möglich ist. Zwar waren wir bemüht, auch solche Ratsmitglieder ausfindig zu machen, die sich jenseits der binären Geschlechterlogik verorten, etwa als nicht-binär oder trans. Allerdings sind wir hier nur eher zufällig auf zwei Ratsmitglieder gestoßen, die sich selbst geoutet haben: ein trans Ratsherr sowie ein nicht-binäres Ratsmitglied. Ersterer wurde entsprechend als männliches Ratsmitglied in die Erhebung aufgenommen, das andere Ratsmitglied als «divers» bezeichnet. Damit dürften wir die Kategorie der nicht-binären und trans Ratsmitglieder wahrscheinlich untererfasst haben, wobei derzeit die Geschlechtsidentität von Ratsmitgliedern durch die Universität Duisburg-Essen im Auftrag der Heinrich-Böll-Stiftung in einer Großstadt-Befragung erhoben wird und erst nach Veröffentlichung dieser Ergebnisse genauere Aussagen zu nicht-binären Ratsmitgliedern möglich sein werden. Das Ranking wurde somit in *Frauenrepräsentation in der Kommunalpolitik* umbenannt.

Aus den erhobenen Frauenanteilen in den einzelnen politischen Positionen der Großstädte lässt sich ein Genderindex bilden, der auch die Grundlage für unser

5 Als Großstädte gelten in Deutschland Städte mit 100.000 und mehr Einwohnerinnen und Einwohnern.

6 Der Erhebungszeitraum erstreckte sich über die Monate Nov. 2021 bis Jan. 2022.

fünftes deutsches Großstädte-Ranking ist, das detaillierte Angaben über die Repräsentation von Frauen im Städtevergleich präsentiert. Folgende politische Positionen gingen als Indikatoren in den «Genderindex» ein: Ratsmandate, Ausschuss- und Fraktionsvorsitze, Beigeordnete⁷ und das OB-Amt. Für die ersten vier Positionen wurden die Gemeinden jeweils gesondert gerankt und in Quartile eingeteilt. Entsprechend der Quartilszugehörigkeit der Städte bei den einzelnen Positionen wurde der Wert 4, 3, 2 oder 1 zugewiesen. Großstädte, die sich unter den ersten 20 Städten mit der höchsten Frauenrepräsentanz befinden, beispielsweise bei den Ratsmandaten, bekommen für diese Position den Wert 4 zugewiesen. Für die OB-Position als Variable mit nur zwei möglichen Ausprägungen wurden dagegen bei männlicher Besetzung der Wert 1 und bei weiblicher Amtsausübung der Wert 2 vergeben. Diese Werte für die betrachteten fünf Positionen wurden zum Gleichstellungsindex addiert. Hatten mehrere Kommunen dieselbe Punktzahl auf dem Index, so war der weibliche Ratsanteil entscheidend für die endgültige Platzierung.

7 Beigeordnete sind kommunale Wahlbeamte/innen, die die jeweiligen Geschäftsbereiche bzw. Fachämter der kommunalen Verwaltung leiten. Die Bezeichnungen unterscheiden sich in den Bundesländern (z.B. Dezernentin, Referent etc.).

2 Ergebnisse des Rankings deutscher Großstädte zur Frauenrepräsentation

Das fünfte Ranking deutscher Großstädte⁸ bringt erneut eine andere Kommune als Spitzenreiterin der Frauenrepräsentation hervor: Offenbach am Main. Allerdings erreichen Göttingen und Aachen einen ebenso hohen Indexwert, weshalb für die Reihung der jeweilige Frauenanteil im Rat entscheidend war. Hier liegt Offenbach mit 45,6 Prozent unter diesen drei Städten vorne.

Offenbachs Spitzenposition ergibt sich aus einer Kombination guter Werte in fast allen Bereichen, wobei 44,4 Prozent der Fraktionsvorsitze, 50 Prozent der Beigeordnetenposten sowie 50 Prozent der Ausschussvorsitze an Frauen vergeben sind. Bei den Ratsmitgliedern stellen die Grünen mit 61,5 Prozent Frauenanteil prozentual deutlich mehr weibliche Ratsmitglieder als alle anderen Fraktionen, und sie liegen mit diesem Wert sogar noch einmal klar über der selbstgesteckten 50-Prozent-Quote sowie dem deutschlandweiten Durchschnitt der Grünen (siehe Kapitel 2.3). Aber auch die anderen größeren Parteien stellen anteilig erkennbar mehr weibliche Ratsmitglieder als im jeweiligen Bundesschnitt. Selbst die CDU überspringt in Offenbach die 40-Prozent-Marke (46,2 Prozent Frauen). Offenbachs hoher Frauenanteil bei den Ratsmitgliedern speist sich also aus allen größeren Parteien.

Die drei Schlusslichter beim Frauenanteil unter den Ratsmitgliedern sind Magdeburg (26,4 Prozent; Platz 54 im Gesamtranking), Salzgitter (26,1 Prozent; Platz 77 im Gesamtranking) und Ingolstadt (24,5 Prozent; Platz 55 im Gesamtranking). Salzgitter nimmt Mülheim an der Ruhr im fünften Ranking mit einem Indexwert von 5 die rote Laterne ab und liegt hinter Bottrop, Siegen und Neuss auf dem letzten Platz. Alle drei dieser NRW-Städte verzeichnen einen Abstieg im Ranking im Vergleich zu 2017. So lagen Bottrop (38. Platz), Siegen (51. Platz) und Neuss (63. Platz) damals noch (deutlich) weiter vorne.

Mülheim an der Ruhr, 2017 letztplatziert, verbessert sich auf Platz 37 und weist in allen Kategorien – außer beim OB-Amt – bessere Indexwerte als noch 2017 auf. Auch Magdeburg (2017: Platz 72; 2022: Platz 54), Karlsruhe (2017: Platz 70; 2022: Platz 31) und Recklinghausen (2017: Platz 70; 2022: Platz 56) verbessern sich, die sächsische Großstadt Chemnitz verbleibt nach wie vor auf Rang 69.

⁸ Im hier vorgelegten 5. Ranking deutscher Großstädte 2022 werden wir Vergleiche zu den bislang durchgeführten Genderrankings deutscher Großstädte von 2008 und 2017 vornehmen (vgl. Holtkamp/Wiechmann/Schnittke 2009; Holtkamp/Wiechmann/Buß 2017).

Tabelle 1: Fünftes Ranking deutscher Großstädte in Bezug auf Frauenrepräsentation 2022

Rang	Stadt	Frauenanteil im Rat	Rat	Fraktionsvorsitz	Ausschussvorsitz	OB	Beigeordnete	Index	Veränd. zu 2017
1	Offenbach	45,59%	4	4	4	1	4	17	+21
2	Göttingen	43,90%	4	3	4	2	4	17	+7
3	Aachen	42,59%	4	3	4	2	4	17	+13
4	Potsdam	42,59%	4	4	3	1	4	16	+41
5	Kassel	50,70%	4	3	4	1	3	15	+30
6	Oldenburg	48,00%	4	3	3	1	4	15	-2
7	Frankfurt a. M.	46,74%	4	2	4	1	4	15	-4
8	Mainz	46,67%	4	2	4	1	4	15	+26
9	München	43,59%	4	2	4	1	4	15	-2
10	Kiel	42,11%	3	4	3	1	4	15	+9
11	Kaiserslautern	41,82%	3	4	3	1	4	15	- *
12	Bonn	37,10%	2	4	3	2	4	15	+16
13	Erlangen	46,00%	4	4	3	1	2	14	-12
14	Nürnberg	45,59%	4	1	4	1	4	14	+16
15	Köln	41,86%	3	4	3	2	2	14	+2
16	Regensburg	40,00%	3	3	4	2	2	14	+27
17	Ludwigshafen	36,67%	2	2	4	2	4	14	+31
18	Darmstadt	46,15%	4	3	3	1	2	13	-6
19	Stuttgart	42,37%	4	4	1	1	3	13	+2
20	Augsburg	39,66%	3	3	4	2	1	13	+19
21	Freiburg im Br.	39,58%	3	4	3	1	2	13	+4
22	Mönchengladbach	33,33%	2	4	4	1	2	13	+34
23	Würzburg	45,83%	4	2	2	1	3	12	+8
24	Mannheim	43,75%	4	4	1	1	2	12	+38
25	Gütersloh	42,11%	3	4	1	1	3	12	- *
26	Heidelberg	41,67%	3	4	2	1	2	12	+28
27	Osnabrück	38,00%	3	2	4	2	1	12	+5
28	Reutlingen	35,00%	2	3	3	1	3	12	+5
29	Dortmund	34,48%	2	2	4	1	3	12	-16
30	Pforzheim	30,00%	1	4	3	1	3	12	-12
31	Karlsruhe	43,75%	4	2	1	1	3	11	+39
32	Leverkusen	38,46%	3	4	1	1	2	11	+21
33	Dresden	37,14%	3	2	1	1	4	11	+4
34	Düsseldorf	36,78%	2	4	1	1	3	11	-14
35	Rostock	35,29%	2	4	3	1	1	11	-12
36	Bochum	34,12%	2	3	2	1	3	11	+11
37	Mülheim a. d. R.	34,00%	2	3	3	1	2	11	+36

38	Heilbronn	32,50%	1	2	4	1	3	11	+29
39	Hannover	31,25%	1	1	4	1	4	11	-10
40	Koblenz	30,91%	1	3	2	1	4	11	-35
41	Ulm	47,50%	4	1	1	1	3	10	-33
42	Fürth	43,75%	4	1	1	1	3	10	±0
43	Wiesbaden	41,98%	3	4	1	1	1	10	-29
44	Braunschweig	40,74%	3	2	2	1	2	10	-20
45	Trier	38,18%	3	1	3	1	2	10	-43
46	Wolfsburg	36,36%	2	1	3	1	3	10	-35
47	Krefeld	35,71%	2	1	3	1	3	10	-21
48	Oberhausen	34,48%	2	4	2	1	1	10	-42
49	Leipzig	32,86%	2	1	4	1	2	10	-13
50	Hildesheim	32,61%	1	1	4	1	3	10	-*
51	Halle (Saale)	32,14%	1	2	2	1	4	10	-10
52	Gelsenkirchen	26,92%	1	2	2	2	3	10	+14
53	Lübeck	26,53%	1	3	1	1	4	10	+8
54	Magdeburg	26,42%	1	3	1	1	4	10	+18
55	Ingolstadt	24,49%	1	1	4	1	3	10	-3
56	Recklinghausen	41,07%	3	3	1	1	1	9	+14
57	Münster	40,00%	3	1	1	1	3	9	-11
58	Jena	39,13%	3	2	2	1	1	9	-14
59	Bielefeld	38,46%	3	2	2	1	1	9	-19
60	Saarbrücken	36,51%	2	1	2	1	3	9	-33
61	Herne	35,48%	2	2	3	1	1	9	-4
62	Wuppertal	35,06%	2	3	2	1	1	9	-12
63	Duisburg	34,34%	2	1	2	1	3	9	-48
64	Remscheid	33,93%	2	2	2	1	2	9	-5
65	Moers	31,48%	1	3	3	1	1	9	-55
66	Hamm	40,00%	3	1	2	1	1	8	-6
67	Essen	34,94%	2	1	3	1	1	8	-12
68	Berg. Gladbach	33,33%	2	2	2	1	1	8	-4
69	Chemnitz	28,33%	1	3	1	1	2	8	±0
70	Solingen	26,53%	1	3	1	1	2	8	-12
71	Erfurt	32,65%	1	3	1	1	1	7	-6
72	Paderborn	30,36%	1	1	2	1	2	7	-23
73	Hagen	29,41%	1	2	1	1	2	7	-5
74	Neuss	31,03%	1	1	2	1	1	6	-11
75	Siegen	30,99%	1	1	2	1	1	6	-24
76	Bottrop	28,57%	1	2	1	1	1	6	-38
77	Salzgitter	26,09%	1	1	1	1	1	5	-*

*Neu im Ranking

Quelle: Eigene Erhebung 2022.

Hagen, Standort der FernUniversität, ist im fünften Ranking noch einmal zurückgefallen und liegt nun an 73. Stelle, nach Platz 68 im vierten Ranking. Dies erklärt sich vor allem dadurch, dass nach der Kommunalwahl 2020 anteilig weniger Ausschussvorsitze an Frauen gingen, als noch im vierten Ranking 2017 erhoben wurden. Insgesamt schneidet auch diesmal NRW besonders schlecht ab, mit Ausnahme der Universitätsstädte und grünen Hochburgen Aachen und Bonn. Das liegt vorrangig am Kommunalwahlrecht in NRW. Die personalisierte Verhältniswahl in NRW führt dazu, dass insbesondere bei den Direktmandaten die Quote kaum anwendbar ist und sich in den Wahlkreisen meist männliche Kandidaten durchsetzen.

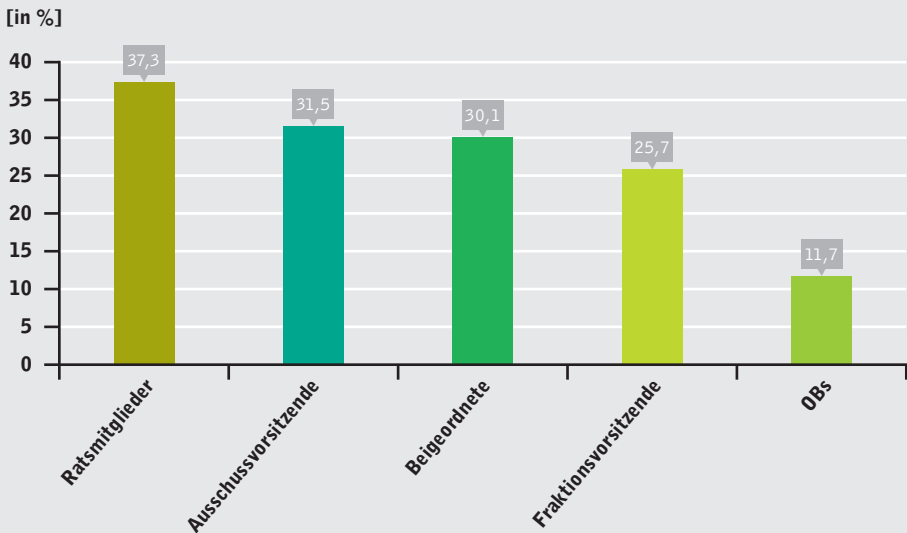
2.1 Ranking deutscher Großstädte im Positionsvergleich

Auch im Jahr 2022 sind Frauen nicht entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil ausreichend vertreten. Der Anstieg des Anteils weiblicher Ratsmitglieder von 34 Prozent auf 37,3 Prozent seit 2017 fällt zwar größer aus (auch durch das bessere Abschneiden der Grünen) als die Zunahme zwischen den Erhebungen der bisherigen Rankings, aber der Weg zur Parität in den Räten ist noch weit. Von einer gerechten und angemessenen Repräsentation von Frauen in der Kommunalpolitik kann nach diesen Zahlen bis heute keine Rede sein.

Verglichen mit dem Ranking 2017 haben sich die Frauenanteile in den weiteren kommunalen Führungspositionen zwar durchweg erhöht, teils auch recht deutlich, doch bleibt die Unterrepräsentanz nach wie vor auf hohem Niveau bestehen. Das gilt insbesondere, wenn man sich die Zahl weiblicher OBs anschaut, die zwar im Anteilswert in den vergangenen fünf Jahren um 3,4 Prozent auf 11,6 Prozent gestiegen ist, mit 8 von 77 weiblich besetzten Posten aber weiterhin eine eklatante Diskrepanz zwischen Männern und Frauen zeigt. Der Zugang von Frauen zu kommunalen Spitzenämtern ist augenscheinlich weiterhin erschwert und oftmals sicherlich auch regelrecht versperrt. Also gilt immer noch, wie beim ersten Ranking: Je mächtiger die Position ist, desto weniger Frauen sind vertreten.

Mit einem minimalen Plus von 1 Prozent im Anteilswert gegenüber 2017 setzt sich der bereits beobachtete Trend einer Steigerung der Repräsentation von Frauen unter den Beigeordneten weiter fort. Allerdings stellen Frauen auch heute noch weniger als ein Drittel aller Beigeordneten in deutschen Großstädten, und es finden sich immer noch Städte, in denen es gar keine weiblichen Beigeordneten gibt. Von den 14 Großstädten ohne weibliche Beigeordnete liegen 9 in Nordrhein-Westfalen. NRW macht damit 64,3 Prozent der Großstädte ohne weibliche Beigeordnete aus, während die 30 NRW-Großstädte unter allen Großstädten Deutschlands nur 39 Prozent ausmachen. Hierin spiegelt sich die wahlrechtsbedingt starke Frauenunterrepräsentanz in den Stadträten von NRW, die die Beigeordneten zu wählen haben. Das schlechte Abschneiden der NRW-Städte in unserem Ranking ist also vor allem auf die niedrigen Frauenanteile im Stadtrat und bei den Beigeordneten zurückzuführen.

Abb. 1: Frauenanteil in kommunalen Führungspositionen



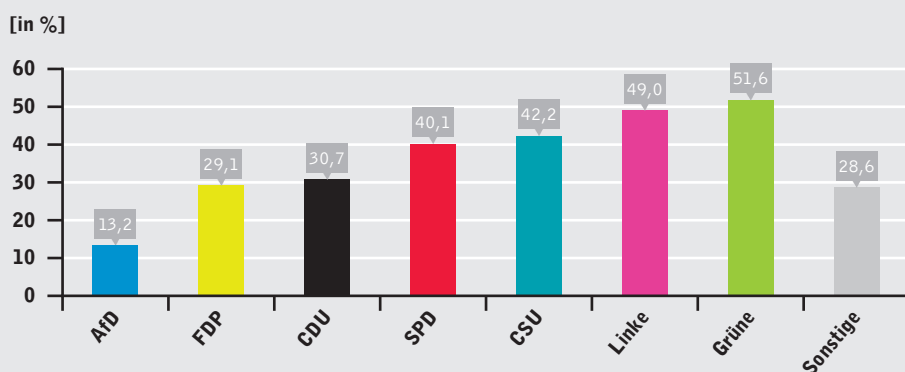
Quelle: Eigene Erhebung und Darstellung (2022).

2.2 Ranking deutscher Großstädte im Parteienvergleich

Bündnis 90/Grüne halten bei der Frauenrepräsentation in den Kommunen auch 2022 ihre Spitzenposition. Sowohl bei den Ratsmitgliedern (51,6 Prozent Frauen) als auch bei den Fraktionsvorsitzenden (50,5 Prozent Frauen) wird die selbstgesetzte 50-Prozent-Quote übererfüllt, und seit dem vierten Ranking (2017) ist der Anteil weiblicher Ratsmitglieder bei den Grünen noch einmal um rund 1,6 Prozent angestiegen. Unter den Fraktionsvorsitzenden ist der Anteil zwar von 54,2 Prozent leicht zurückgegangen, doch steht die Partei hinsichtlich der Repräsentation von Frauen in diesen kommunalpolitischen Mandaten und Funktionen weiter unangefochten vorne.

Mit Zuwächsen erfüllt die SPD (40,1 Prozent) ebenfalls ihre Quote von 40 Prozent, zumindest für die Ratsmitglieder. Die Linke bleibt mit 49 Prozent nur knapp unter der 50-Prozent-Marke. Bei den Fraktionsvorsitzenden sind Zuwächse zu verzeichnen, sodass die SPD – nach 20,5 Prozent weiblichen Fraktionsführungen in 2017 – nun auf 27,5 Prozent weibliche Vorsitzende kommt, während die Linke ihren Frauenanteil an den Fraktionsführungen von über 11 Prozent auf circa 35,4 Prozent deutlich steigert.

Abb. 2: Frauenanteil an Ratsmitgliedern nach Parteien



Quelle: Eigene Erhebung und Darstellung (2022).

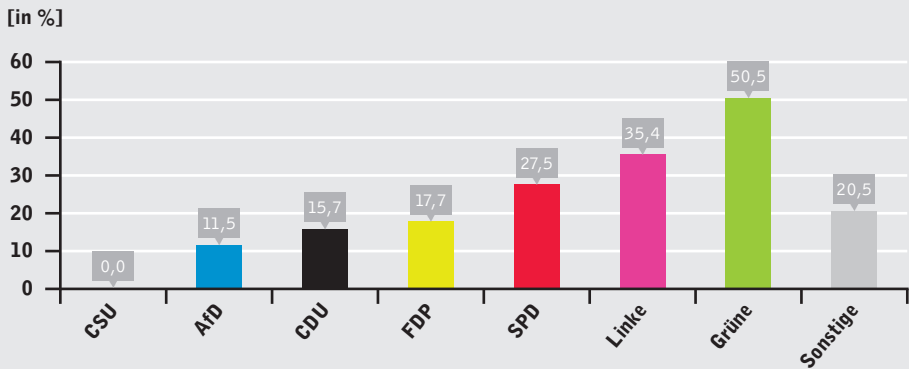
Leichte Anstiege der Anteile weiblicher Ratsmitglieder zeigen sich auch bei den anderen Parteien, mit einem Plus von etwas weniger als 2 Prozentpunkten bei der CDU (auf 30,7 Prozent) sowie 2,7 Prozentpunkte bei der FDP (auf 29,1 Prozent). Auch die Repräsentation von Frauen unter den Fraktionsvorsitzen ist in beiden Parteien gewachsen, erreicht jedoch mit 15,7 Prozent (CDU) und 17,7 Prozent (FDP) weiterhin nur eher geringe Steigerungen. Sie liegen noch einmal deutlich stärker unter dem Durchschnitt aller Parteien und den Werten von Bündnis 90/Grüne, Linken und SPD, als es bei den Anteilen weiblicher Ratsmitglieder der Fall ist.

Bei einer gruppierten Betrachtung der Parteien nach politischer Ausrichtung erreichen bzw. übertreffen die eher linksorientierten Parteien (Die Linke, Bündnis 90/Grüne, SPD) also nicht nur ihre eigenen Quoten, sondern sie liegen teils auch sehr deutlich über dem erhobenen durchschnittlichen Frauenanteil unter den Ratsmitgliedern insgesamt. Dies gilt – sicherlich überraschend – auch für die CSU mit 42,2 Prozent weiblichen Ratsmitgliedern. Das könnte an dem starken Parteienwettbewerb in bayerischen Großstädten liegen, in der die CSU von der SPD stark unter Druck gesetzt wird, die in bayerischen Großstädten durchweg eine 50-Prozent-Quote anwendet. Die beiden anderen liberal-konservativen Parteien, CDU und FDP, liegen im weiblichen Ratsanteil hingegen weit darunter, wenngleich sich die Prozentwerte auch bei diesen leicht erhöht haben. Auch die Fraktionsvorsitze sind bei den linken Parteien deutlich stärker in weiblicher Hand als bei der Union oder der FDP.

Die AfD stellt mit 13,2 Prozent – wie auch 2017 – die mit Abstand wenigsten weiblichen Ratsmitglieder und verzeichnet nur einen geringen Anstieg von etwas mehr als einem Prozentpunkt. Bei den Fraktionsvorsitzenden weist die AfD mit 11,5 Prozent den zweitgeringsten Anteil an Frauen auf, wobei dort der Zuwachs mit knapp 7 Prozentpunkten relativ groß ist und die Unterschiede zur CDU und

FDP relativ klein sind. Allein die CSU stellt keine einzige Verantwortungsträgerin in der Fraktionsspitze. Die 2017 noch nicht erhobenen «Sonstigen» liegen bei knapp über einem Viertel weiblicher Ratsmitglieder und etwa einem Fünftel weiblicher Fraktionsvorsitzenden.

Abb. 3: Frauenanteil an Fraktionsvorsitzenden nach Parteien



Quelle: Eigene Erhebung und Darstellung (2022).

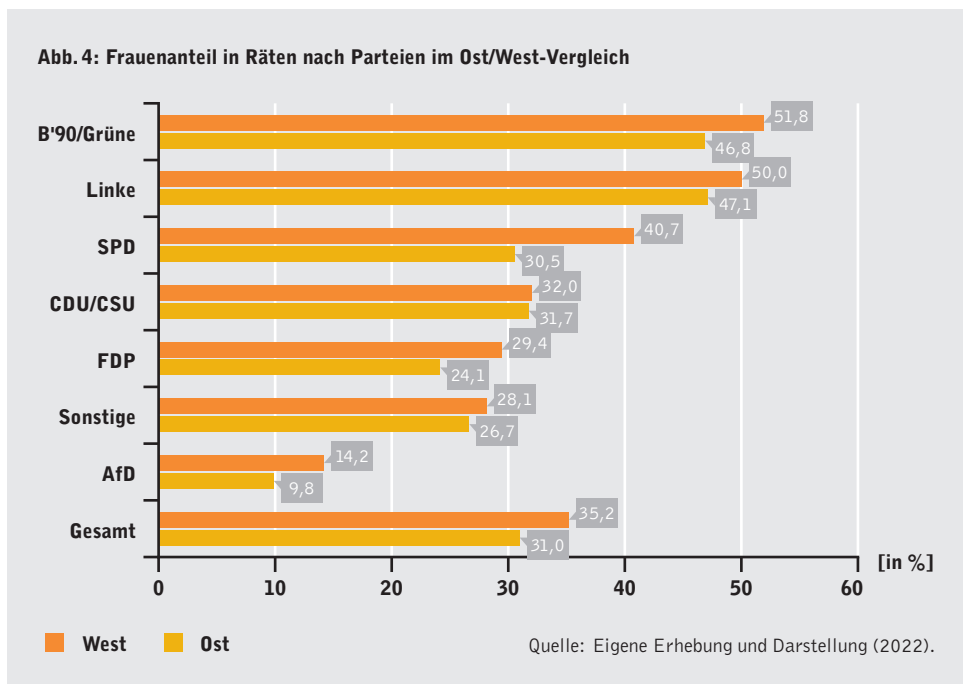
2.3 Ranking deutscher Großstädte im West/Ost-Vergleich

Auch im vergangenen Genderranking (2017) konnte in den Erhebungen festgestellt werden, dass Frauen in den Kommunalparlamenten im Osten Deutschlands stärker unterrepräsentiert sind als in Westdeutschland. Ein gängiger Erklärungsansatz dafür betrifft das Nominierungsverhalten der Parteien und nimmt vor allem die Kandidaturen unter den liberal-konservativen Parteien CDU und FDP sowie der AfD in den Blick, die allgemein weniger Frauen nominieren.

Die Ergebnisse des Politikerinnenrankings 2022 verdeutlichen jedoch, dass sich die Verhältnisse zwischen den Parteien in West und Ost angenähert haben. Allerdings geht diese Entwicklung nicht auf eine durchweg verbesserte Frauenrepräsentation in den neuen und alten Bundesländern und nicht über alle Parteien hinweg zurück.

Besonders interessant ist das Beispiel der CDU, die mit 31,7 Prozent Frauen in Ostdeutschland nicht nur wesentlich mehr weibliche Ratsmitglieder stellt als noch 2017 (18,4 Prozent), sondern auch den eigenen Anteil in Westdeutschland, der seit 2017 kaum gestiegen ist, nun sogar übertrifft (30,6 Prozent). Zusammengenommen mit der CSU ist der Frauenanteil an den Ratsmitgliedern der Unionsparteien im Westen nur knapp höher. Signifikante Steigerungen des Frauenanteils in Räten in Ostdeutschland zeigt auch die FDP mit einem Anstieg von etwa 11 Prozentpunkten auf knapp unter einem Viertel weiblicher Ratsmitglieder, wobei der Anteil von

Frauen im Rat in Westdeutschland zeitgleich um etwa 3,5 Prozentpunkte gesunken ist. Bei der AfD hat sich der Frauenanteil auf 9,8 Prozent erhöht, ist in Westdeutschland aber zeitgleich von einem Viertel auf nur noch 14 Prozent gesunken.



Bündnis 90/Die Grünen erfüllen in geographischer Aufteilung ihre paritätische Quote nur in Westdeutschland (51,8 Prozent), während die Partei in den ostdeutschen Großstädten mit 46,8 Prozent mit leichtem Abstand darunterliegt. Im Osten ist bei der Linken die Frauenrepräsentation daher sogar leicht höher (47,1 Prozent) als bei den Grünen. Im Westen erreicht die Linke sogar die paritätische Besetzung von Ratsmandaten. Bei den Grünen hat sich die Differenz zwischen West und Ost hingegen etwas vergrößert, denn in Westdeutschland nahm der Frauenanteil um knapp 0,6 Prozentpunkte zu, während er im Osten um etwa 2,4 Prozentpunkte zurückging.

Die «Sonstigen» liegen mit 28,1 Prozent Frauen (West) zu 26,7 Prozent Frauen (Ost) eng beieinander, aber in ganz Deutschland ebenso unter dem Durchschnitt wie CDU/CSU, FDP und AfD. Die SPD unterbietet den Gesamtdurchschnitt allein in Ostdeutschland mit 30,5 Prozent und verfehlt damit deutlich ihre Quote von 40 Prozent. In Westdeutschland wird die Quote mit 40,7 Prozent knapp erreicht und der Durchschnitt aller Parteien damit übertroffen.

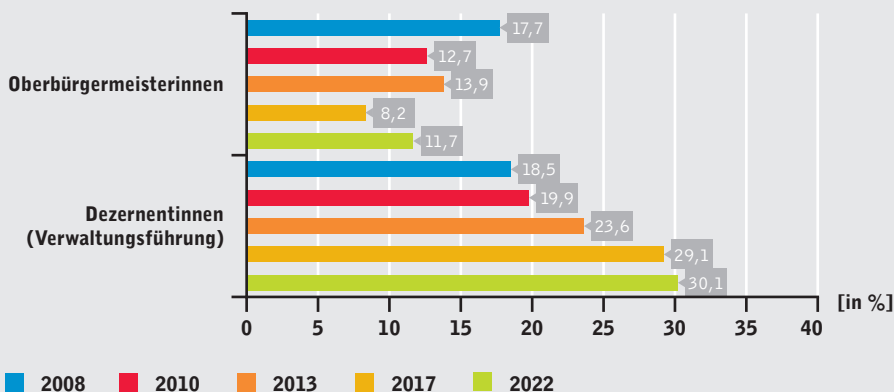
Insgesamt wird deutlich, dass sich die eher linken Parteien in Ostdeutschland schwertun, ihre Quoten zu erreichen. Das dürfte wohl überwiegend an anderen Nominierungsmustern in den Parteien liegen, während die Wählerschaft Frauen

weder in Ostdeutschland noch in Westdeutschland diskriminiert. Da in Großstädten grundsätzlich genügend Frauen bei aktiver Ansprache zur Verfügung stünden, um eine paritätische Repräsentanz zu erreichen, scheinen sich in Ostdeutschland stärker Old-Boys-Netzwerke durchzusetzen.

3 Entwicklungen der Frauenrepräsentation in deutschen Großstädten von 2008 bis 2022

Seit der Erhebung des ersten Genderrankings deutscher Großstädte im Jahr 2008 hat sich das Niveau der Frauenrepräsentation in fast allen kommunalen Führungspositionen verbessert – teils sehr deutlich. Bei den Beigeordneten bzw. Mitgliedern der Verwaltungsführung ist der Anteil weiblicher Funktionsträgerinnen auf 30,1 Prozent gewachsen.⁹ Während der Anteil an weiblichen Ratsmitgliedern deutschlandweit innerhalb von vierzehn Jahren um 4,5 Prozentpunkte auf 37,3 Prozent angestiegen ist, sind die Zuwächse unter Ausschussvorsitzenden (+5,2 Prozentpunkte) und bei Fraktionsvorsitzenden (+5,1 Prozentpunkte) geringfügig größer.

Abb. 5: Frauenrepräsentation in Spitzenpositionen in der Kommunalverwaltung im Zeitvergleich¹⁰
Oberbürgermeisterinnen und Dezernentinnen (Verwaltungsführung)



Quelle: Eigene Erhebung und Darstellung.

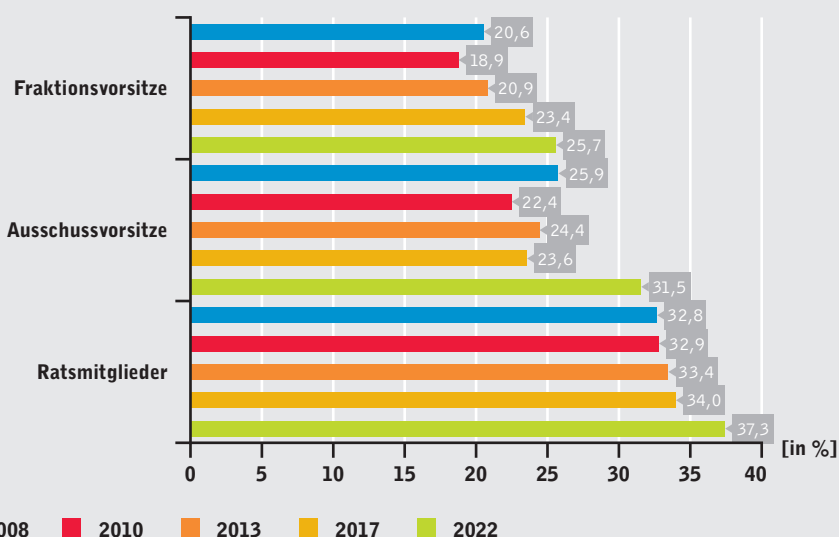
- ⁹ Allerdings lässt die veränderte Erhebungsmethodik im ersten gegenüber dem fünften Ranking nur eine bedingte Vergleichbarkeit zu. Die Methodik musste verändert werden, weil die frühere Recherchequelle (vgl. Grönebaum 2012) nicht mehr aktualisiert, sondern eingestellt wurde.
- ¹⁰ Die Abbildungen 5 und 6 zeigen die Entwicklung der Frauenrepräsentation im Positionenvergleich in allen bisherigen Rankings. Der Text vergleicht aus Gründen der Übersichtlichkeit insbesondere die Ergebnisse des ersten Rankings (2008) mit dem aktuellen (2022).

Gegensätzlich verläuft die deutschlandweite Entwicklung bei den OBs. Waren 2008 noch 17,7 Prozent aller Stadtoberhäupter in den Großstädten Deutschlands weiblich, sind es 2022 nur noch 11,7 Prozent.

Im Parteienvergleich ist der Anteil weiblicher Ratsmitglieder deutschlandweit insgesamt zwar bei allen Parteien gestiegen, dies jedoch unterschiedlich stark. Die Zuwächse bei Bündnis 90/Grüne, SPD, CDU und FDP fallen mit jeweils unter 5 Prozentpunkten zwischen 2008 und 2022 ähnlich aus, wie bei den vorgenannten kommunalpolitischen Spitzenpositionen (ausgenommen OBs und Beigeordnete/Verwaltungsführung). Dass bei den Grünen im Jahr 2022 mehr als jedes zweite kommunalparlamentarische Mandat an Frauen vergeben ist, bleibt trotz nur moderater Anteilssteigerungen seit 2008 dennoch bemerkenswert. Der Anstieg der Anteilswerte ist bei der Linken (ehemals Die Linke/PDS) noch deutlicher ausgefallen – eine Steigerung von etwas über einem Drittel Frauen um 14 Prozentpunkte auf eine Beinahe-Parität.

Abb. 6: Frauenrepräsentation in parlamentarischen Funktionen im Zeitvergleich¹¹

Fraktionsvorsitzende, Ausschussvorsitzende und Ratsmitglieder



Quelle: Eigene Erhebung und Darstellung.

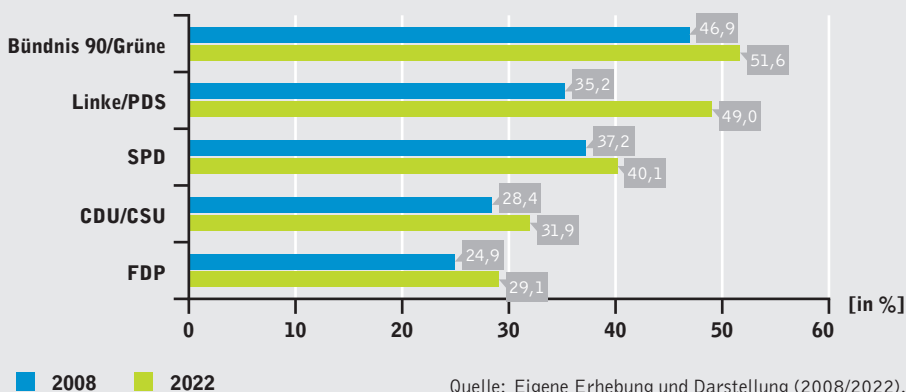
Die Steigerungen bei CDU und FDP, die weiterhin weniger als ein Drittel weibliche Ratsmitglieder stellen, erscheinen vor diesem Hintergrund fast schon marginal, auch wenn der Trend in Steigerungsraten ähnlich positiv ausfällt wie bei Grünen und SPD. Letztere erreicht immerhin ihre selbstgesteckten Ziele einer 40-Prozent-Quote.

¹¹ Siehe FN 10.

Bei einer linearen Fortschreibung der jährlichen Steigerungsraten weiblicher Ratsmitglieder seit 2008 (0,32 Prozentpunkte) würde es noch ca. vierzig Jahre dauern, bis eine paritätische Besetzung der Räte erreicht ist.

Abb. 7: Anteil weiblicher Ratsmitglieder der Parteien im Zeitvergleich

Kleinparteien sind 2008 nicht berücksichtigt, daher nicht Teil dieser Auswertung. Die Gründung der AfD erfolgte erst 2013, sodass ein Zeitreihenvergleich mit dem ersten Genderranking nicht möglich ist.



Linke, Grüne und SPD verzeichneten in den letzten vierzehn Jahren einen sehr ausgeprägten Anstieg der Anteile weiblicher Fraktionsvorsitzender. Ähnlich wie bei den Ratsmitgliedern ist auch mehr als jeder zweite Fraktionsvorsitz bei den Grünen in weiblicher Hand (50,5 Prozent). Bei der SPD hat sich der Frauenanteil seit 2008 deutlich erhöht und die Partei erreicht nun knapp über 27,5 Prozent, ist von einer 40-Prozent-Quote – wie bei den Ratsmitgliedern – aber noch deutlich entfernt. Mit etwa 12 Prozentpunkten Zuwachs sind die Anteile bei der Linken ebenso deutlich angewachsen. 2008 waren weniger als ein Viertel der Linken-Fraktionsvorsitzenden weiblich, heute sind es 35,4 Prozent.

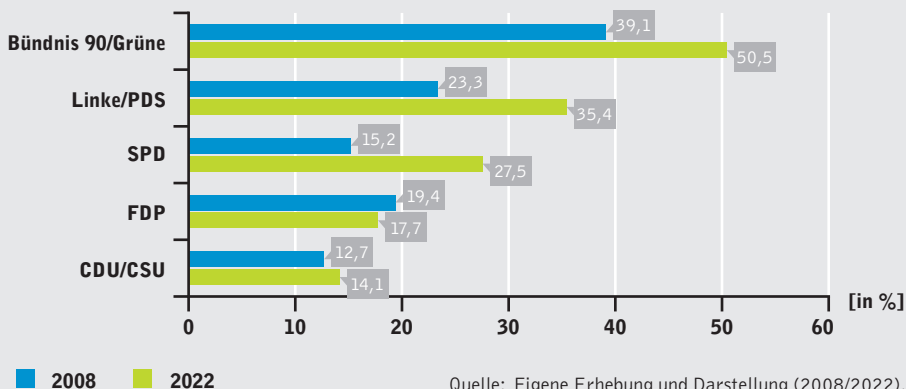
Der Anteil der weiblichen CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden ist ebenfalls gestiegen, aber mit etwa 1,4 Prozentpunkten nicht annähernd so klar wie bei den eher linken Parteien. Nicht einmal jeder sechste Fraktionsvorsitz in der CDU/CSU ist weiblich besetzt.

Bei der FDP ist der Anteil weiblicher Fraktionsvorsitzender in den vergangenen vierzehn Jahren – als einzige Partei in dieser Auswertung – um 1,7 Prozentpunkte gesunken. Ohne Quote kann sich dies durchaus weiter fortsetzen, auch weil sich diese Entfeminisierung der FDP in der Parteibasis spiegelt. So ist der Anteil der weiblichen Parteimitglieder seit Jahren in der FDP konsequent rückläufig und beträgt nur noch 21,6 Prozent. Anders sieht es bei den Grünen aus, bei denen der Frauenanteil unter den Parteimitgliedschaften konstant ansteigt und die mit 41 Prozent derzeit mit Abstand den höchsten Frauenanteil der Parteien haben.¹²

¹² Vgl. Niedermayer 2020.

Abb. 8: Anteil weiblicher Fraktionsvorsitzender der Parteien im Zeitvergleich

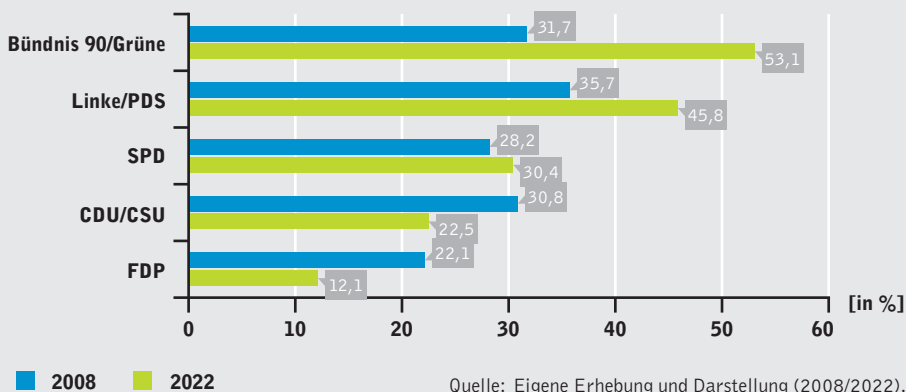
Kleinparteien sind 2008 nicht berücksichtigt, daher nicht Teil dieser Auswertung. Die Gründung der AfD erfolgte erst 2013, sodass ein Zeitreihenvergleich mit dem ersten Genderranking nicht möglich ist.



Das entspricht dem symbolischen Effekt der Repräsentation: Da, wo Frauen in politische Führungspositionen kommen, motivieren sie auch andere Frauen, der Partei beizutreten. Bei der FDP ist dieser Effekt umgekehrt. Ohne Quote kann sich diese Abwärtsspirale bei der FDP weiter fortsetzen, zumal sich dann auch der Pool an möglichen Kandidatinnen weiter reduziert. So sehen selbst Führungsfrauen in der FDP das Problem in den lokalen männlichen Ortsvereinsstrukturen. «Die seien sehr männlich geprägt und schreckten so junge Frauen ab – die Parteiführung, die sich unter Lindner bemühe, Frauen in den Vordergrund zu stellen, komme so gar nicht dazu, neue Talente zu entdecken».¹³

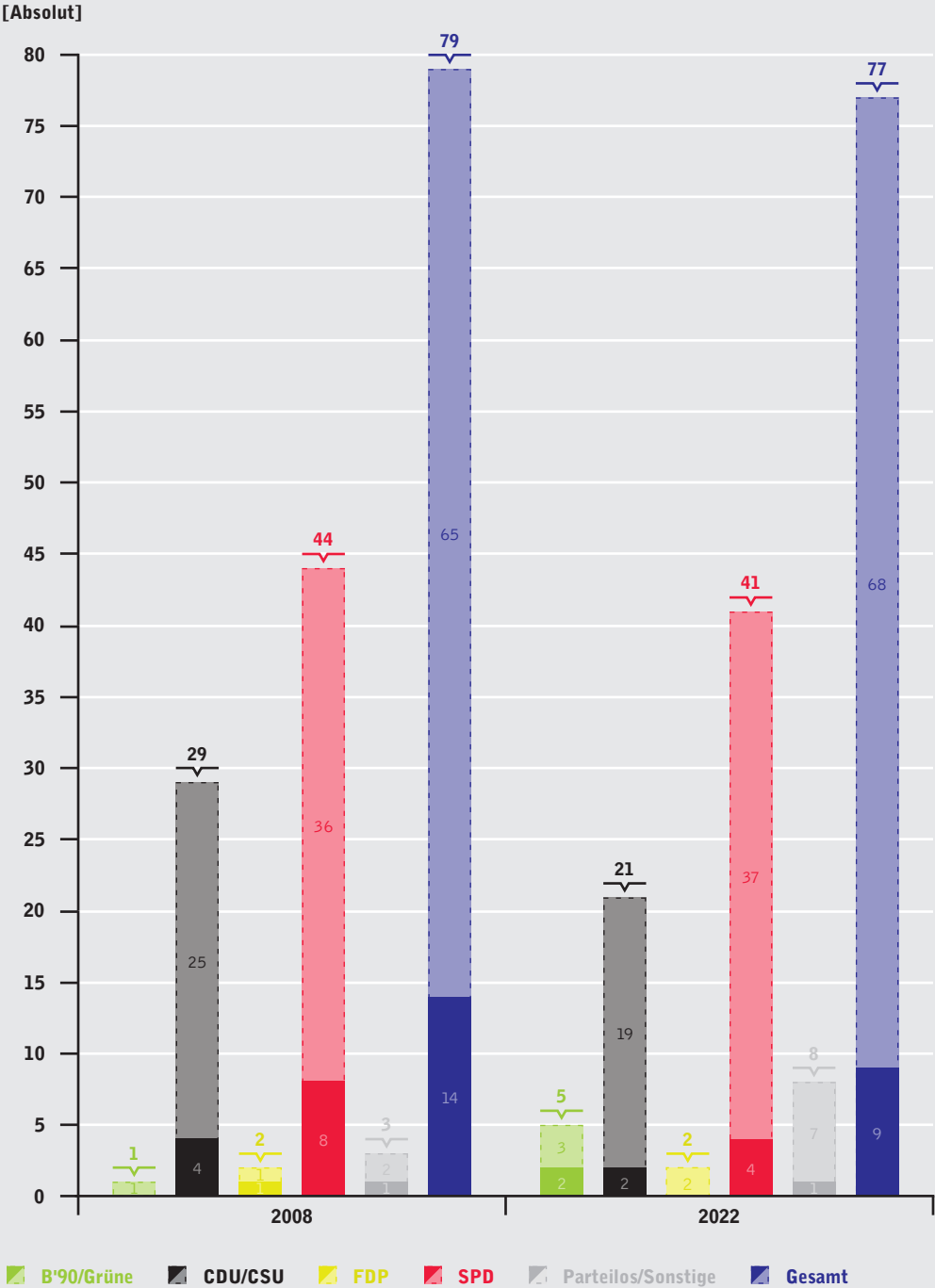
Abb. 9: Anteil weiblicher Ausschussvorsitzender der Parteien im Zeitvergleich

Kleinparteien sind 2008 nicht berücksichtigt, daher nicht Teil dieser Auswertung. Die Gründung der AfD erfolgte erst 2013, sodass ein Zeitreihenvergleich mit dem ersten Genderranking nicht möglich ist.



¹³ Vgl. Finkenwirth 2018.

Abb. 10: Anteil Oberbürgermeisterinnen 2008 und 2022
B'90/Grüne, CDU/CSU, FDP, SPD und sonstige Parteien



$\sum$ Gesamtanzahl OBs je Partei
■ Anzahl Oberbürgermeister
■ Anzahl Oberbürgermeisterinnen

Quelle: Eigene Erhebung und Darstellung (2008/2022).

Unter den Ausschussvorsitzenden sind seit 2008 nur bei den eher linken Parteien teils große Zuwächse zu beobachten. Bei der Linken wuchs der Frauenanteil von 35,7 Prozent auf 45,8 Prozent an, womit sich die Anteilswerte für Linke-Ratsmitglieder und -Ausschussvorsitzende auf ähnlichem Niveau bewegen. Bei den Grünen sind die Anteile – mit Zuwächsen von über 20 Prozentpunkten im Vergleich zum ersten Genderranking (2008) – ähnlich groß wie bei den Ratsmitgliedern. Bei den Ausschussvorsitzen übersteigen sie diese im Anteilswert mit 53,1 Prozent allerdings noch einmal.

In der SPD sind die Zuwächse gering (+2,2 Prozentpunkte), und bis heute geht nicht einmal jeder dritte Ausschussvorsitz, der der SPD zusteht, an Frauen. Frauen stellen in der SPD anteilig nur geringfügig mehr Ausschussvorsitzende als Fraktionsvorsitzende und weiterhin deutlich weniger Funktionsträgerinnen als prozentuale Ratsmitglieder.

In der FDP sind die Anteile weiblicher Ausschussvorsitzender im Zeitvergleich um etwa 10 Prozentpunkte zurückgegangen, sodass heute nur noch knapp jeder achte Ausschussvorsitz der FDP von Frauen besetzt wird. 2008 war es noch mehr als jeder fünfte Vorsitz. Auch bei der CDU/CSU gab es einen Rückgang von 8,3 Prozentpunkten auf einen Anteilswert weiblicher Ausschussvorsitze von 22,5 Prozent. Statt fast jeder dritte ist nunmehr nur noch knapp jeder fünfte CDU/CSU-Ausschussvorsitz an Frauen vergeben.

Bei Bündnis 90/Die Grünen ist der Frauenanteil unter den zur Partei gehörenden Stadtspitzen seit 2008 auf zwei Fünftel gestiegen. Allerdings ist anzumerken, dass die Grünen 2008 nur über ein OB-Amt verfügten (Freiburg im Breisgau), 2022 aber fünf OBs stellen.¹⁴ Dabei haben sich zwei der Frauen in der Stichwahl gegen männliche Kontrahenten der CDU (der «CDU-Klassiker») durchgesetzt und dazu beigetragen, dass der Frauenanteil unter den OBs nicht noch stärker gesunken ist.

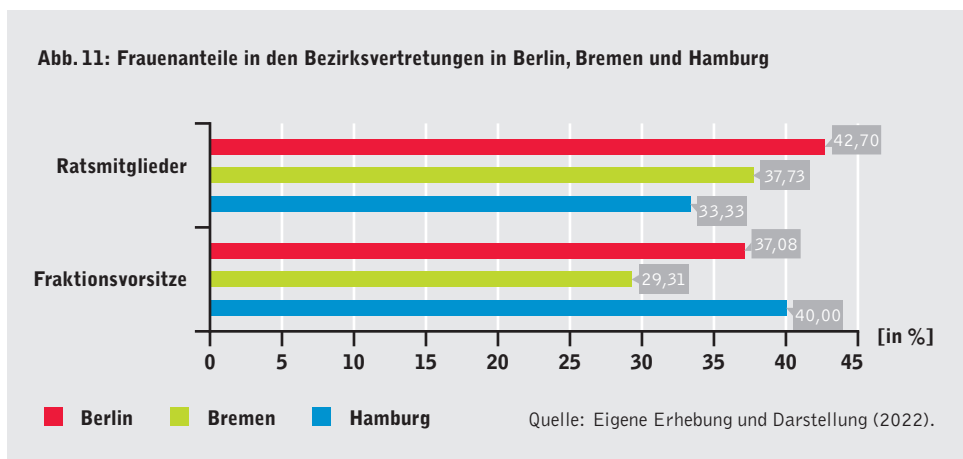
Wenn man Henriette Reker in Köln den Grünen hinzuzählen würde, die aber nicht ausschließlich von den Grünen nominiert wurde, wäre sogar die Parität erreicht. Somit würden die Grünen auch 60 Prozent der Oberbürgermeisterinnen in NRW stellen, sodass vor allem die Grünen dazu beigetragen haben, dass die NRW-Städte in unserem Ranking nicht noch weiter «abgestürzt» sind.

Bei CDU/CSU und SPD ist jeweils ein starker Rückgang der weiblich besetzten OB-Posten festzustellen, wobei sich der Anteil bei der SPD seit 2008 beinahe halbiert hat (–8,9 Prozentpunkte). Der Rückgang bei CDU/CSU ist mit 3,3 Prozentpunkten geringer, doch kam die CDU/CSU auch von einem niedrigeren Ausgangsniveau (13,8 Prozent). Dass der Frauenanteil an den OB-Posten seit 2008 insgesamt rückläufig ist, geht im Kern auf das Konto von CDU/CSU und SPD. Diese Parteien stellen zusammen weiterhin 62 von 77 OBs (80,5 Prozent).

¹⁴ Weibliche Verwaltungsspitzen der Grünen sind Katja Dörner (Bonn) und Sybille Keupen (Aachen). Katja Dörner ist Mitglied der Grünen, Sybille Keupen wurde als parteilose Kandidatin nur von Bündnis 90/Die Grünen nominiert.

4 Die Bezirke der Stadtstaaten im Vergleich

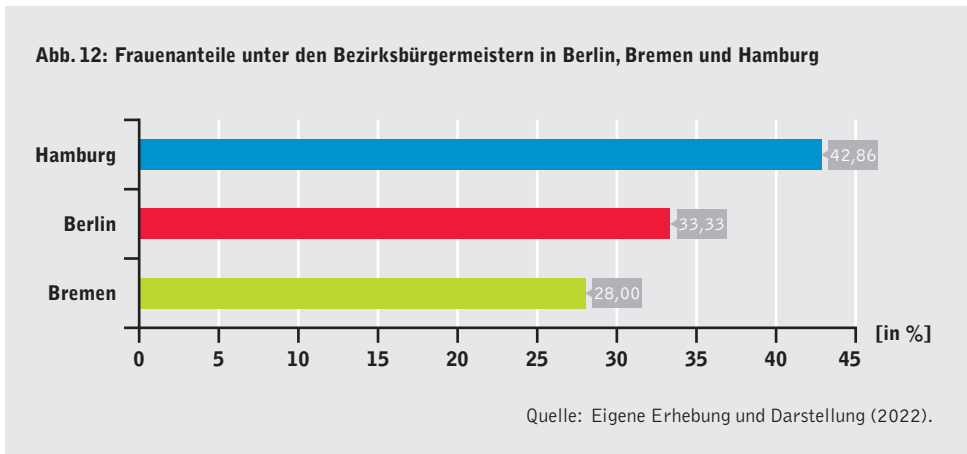
Wir haben bisher die Stadtstaaten nicht in unser Ranking aufgenommen. Das liegt daran, dass einige Positionen nur schwer mit anderen Großstädten vergleichbar sind (z.B. Beigeordnete, regierende Bürgermeister). Dieses Mal haben wir nun die Frauenanteile in den Bezirksvertretungen der Stadtteile ebenfalls erfasst. Deutliche Unterschiede gab es bei den Vertreterinnen und Vertretern der Bezirke. Die Hauptstadt liegt mit einem Frauenanteil von 42,7 Prozent eindeutig vorne, gefolgt von Bremen mit 37,7 Prozent. Dagegen hat Hamburg im Stadtstaatenvergleich den höchsten Anteil (40 Prozent) weiblicher Fraktionsvorsitze.



Damit liegt Berlin hinsichtlich der Bezirksvertreterinnen und -vertreter und Fraktionsvorsitzen nur knapp hinter Offenbach, dem Sieger des Großstadtrankings 2022, und hat mit der (indirekten) Wahl einer regierenden Bürgermeisterin deutliche Zeichen gesetzt.

Auffällig ist der vergleichsweise hohe Anteil der Bezirksbürgermeisterinnen (32 Prozent) gegenüber dem Anteil der Oberbürgermeisterinnen in den deutschen Großstädten (11,7 Prozent). Hamburg führt die Stadtstaaten mit 43 Prozent Bürgermeisterinnen an, Berlin liegt im Mittelfeld, während Bremen noch 28 Prozent Bürgermeisterinnen stellt. In den Stadtstaaten scheinen mehrere Faktoren eine Rolle zu spielen. Die Bezirksbürgermeisterinnen und -bürgermeister in den Stadtstaaten Berlin und Hamburg werden vor allem von drei Parteien gestellt:

von der SPD, den Grünen und den Linken, also den Quotenparteien, wobei die Grünen ihre Quote auch hier übererfüllen. Die Ausnahme bildet Bremen mit vergleichsweise sehr kleinen Bezirken (überwiegend unter 50.000 Einwohnerinnen und Einwohnern). Hier stellt neben den Parteien mit verbindlichen Quotenregelungen auch die CDU mehrere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister; FDP und AfD stellen keine.



Zudem sind die Bezirksamter der Stadtstaaten nicht vergleichbar mit den Großstädten, die als selbständige Gebietskörperschaften über einen deutlich größeren politischen Handlungsrahmen verfügen. Dagegen sind die Bezirke der Stadtstaaten als Verwaltungseinheiten einzuordnen. Darüber hinaus wird das Amt des Bezirksbürgermeisters nach den jeweiligen Landesbesoldungsgesetzen zwar gut bezahlt, jedoch deutlich geringer als die OBs in Großstädten. Insofern scheint das Amt sowohl politisch als auch finanziell weniger prestigeträchtig zu sein als ein OB-Amt in deutschen Großstädten.

LITERATUR

- FINKENWIRTH, Angelika (2018): F wie Frauen gesucht, *Zeit-online*, www.zeit.de/politik/deutschland/2018-05/fdp-parteitag-gleichstellung-frauenquote-christian-lindner-ria-schroeder.
- GRÖNEBAUM, Stefan (2012): Deutschland kommunal: Das Nachschlagewerk, Vorwärts-Buch Verlagsgesellschaft.
- HOLTKAMP, Lars/Wiechmann, Elke (2022): Frauenunterrepräsentanz in der Politik. Empirischer Forschungsstand und theoretische Erklärungsansätze. In: Holtkamp, Lars/ Wiechmann, Elke (Hg.): Der politische Gender Gap. Analysen kommunaler und nationaler Repräsentation. Schriftenreihe «Hagener Beiträge zu Politik und Verwaltung», Band 1. FernUniversität Hagen (i.E.).
- HOLTKAMP, Lars/Wiechmann, Elke/Buß, Monya (2017): Genderranking deutscher Großstädte 2017. Nur 8,2 Prozent der Oberbürgermeister/innen sind weiblich. Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, boell.de/de/2017/04/28/genderranking-deutscher-grossstaedte-2017-boellbrief-demokratiereform-3 (abgerufen am 03.05.2022).
- HOLTKAMP, Lars/Wiechmann, Elke/Schnittke, Sonja (2009): Unterrepräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik. Parteien machen den «feinen» Unterschied. Praxisbericht. FernUniversität Hagen.
- INGLEHART, Ronald/Norris, Pippa/Welzel, Christian (2002): Gender Equality and Democracy. In: Comparative Sociology 1/3-4, S. 235–265.
- KAISER, André/Hennl, Annika (2008): Wahlsysteme und Frauenrepräsentation. Ein Vergleich der deutschen Landesparlamente. Zeitschrift für Politikwissenschaft, 2/8, S. 167–184.
- NIEDERMAYER, Oskar (2020): Parteimitglieder in Deutschland: Version 2020, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 31, www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/emp-soz/team/ehemalige/Publicationen/schriften/Arbeitshefte/P-PMIT20_Nr_31.pdf, S. 23.
- SKORGE, Øyvind Søråas (2021): Mobilizing the Underrepresented: Electoral Systems and Gender Inequality in Political Participation. In: American Journal of Political Science Early View, o.S.

Vielfaltsstudie Teil 1

Repräsentation von Frauen in der Kommunalpolitik

Das Ranking deutscher Großstädte 2022

Frauen sind in der Politik weiterhin unterrepräsentiert. Dieses aktuelle Ranking deutscher Großstädte zeigt den Stand der Repräsentation von Frauen in der Kommunalpolitik. Die Auswertung der Studie zeigt, in welchem Ausmaß der Anspruch von Frauen auf die «Hälfte der Macht» jeweils erfolgreich realisiert wurde. Das betrifft sowohl die Zusammensetzung der Kommunalparlamente als auch die kommunalen Führungspositionen. Es wird deutlich, wo es Fortschritte gibt und wo die Entwicklung bei der Frauenrepräsentation nicht vom Fleck kommt.

Diese Publikation erscheint als erste einer mehrteiligen Vielfaltsstudie. Denn der Anspruch auf deskriptive Repräsentation, also auf politische Vertretung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen durch Angehörige dieser Gruppen selbst, beschränkt sich nicht auf das Geschlecht, sondern gilt auch für andere Kategorien wie Menschen mit Migrationsgeschichte oder unterschiedliche soziale Hintergründe. Daher wird es noch weitere entsprechende Veröffentlichungen in den kommenden Monaten geben.

ISBN 978-3-86928-246-6